

Preisdiktat mit Folgen

Bei VW stehen wegen fehlender Teile die Bänder still. Nun rächt sich der Kostendruck, den der Konzern auf seine Zulieferer ausübt

Daniel Behruzi

Die Serie schlechter Nachrichten bei Volkswagen reißt nicht ab. Nach all den Meldungen über die Eröffnung juristischer Verfahren wegen der Abgasmanipulationen bei Dieselfahrzeugen und drohenden Milliardenzahlungen nun auch noch das: Für rund 7.500 Beschäftigte in Emden hat das Unternehmen wegen fehlender Teile Kurzarbeit beantragt. Auch in Braunschweig, Zwickau, Kassel und im Wolfsburger Stammwerk drohen Bandstillstände. Der Grund ist, dass die Firmen ES Automobilguss und Car Trim die Lieferung von Getriebeteilen und Sitzbezügen eingestellt haben.

Anlass des Lieferstopps ist eine juristische Auseinandersetzung, deren Hintergründe am Freitag noch nicht ganz klar waren. Beide Seiten wollten sich zum Inhalt des Streits nicht äußern. Klar ist aber wohl: Es geht ums Geld. Schon vor Bekanntwerden der Manipulation von Dieselmotoren hatte VW seine Zulieferer im Rahmen eines Sparprogramms unter Druck gesetzt, die Kosten zu senken. Im Zuge des Skandals hat das Management diesen Kurs offenbar noch einmal verschärft. Ende Juni schrieb Francisco Javier Garcia Sanz, im Vorstand zuständig für den Bereich »Beschaffung«, Medienberichten zufolge an die Zulieferer, man müsse bei den »Beschaffungskosten deutlich effizienter werden«. VW wolle das zwar »kooperativ erreichen, aber auch mit der notwendigen Konsequenz, um wettbewerbsfähig zu bleiben«. Soll heißen: Preise runter, sonst gibt es keine Aufträge mehr. Angesichts seiner enormen weltweiten Einkaufsmacht kann sich VW solche Diktate offenbar erlauben.

Doch in diesem Fall hat der Konzern damit ein Eigentor erzielt. Statt ihre Auspressung schweigend und leidend zu erdulden, wehren sich die genannten, zur Prevent-Gruppe zuzurechnenden Firmen. Zugleich setzen sie freilich ihre Zukunft aufs Spiel. Man werde

alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein Ende des Lieferstopps zu erreichen, betonte ein VW-Sprecher am Freitag. Der Autobauer sei gezwungen, »die zwangsweise Durchsetzung der Belieferung vorzubereiten, und zwar mit den uns zur Verfügung stehenden gesetzlich vorgesehenen Mitteln. Dazu gehören Ordnungsgeld, Ordnungshaft, Beschlagnahme, die über das Gericht beantragt werden.« Noch am gleichen Tag erklärte das Landgericht Braunschweig, eine einstweilige Verfügung zur Lieferung der Teile sei bereits »vollstreckbar«. Das obwohl die mündliche Verhandlung zu dem Fall erst für den 31. August anberaumt ist und den Firmen Fristen für Stellungnahmen eingeräumt wurden.

Auch die Gewerkschaft schlägt sich auf die Seite des Konzerns. Thomas Knabel, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Zwickau, warnte die in der Region tätigen Zulieferer, den Streit mit VW auf dem Rücken der Mitarbeiter auszutragen. »Das Ganze ist für die Beschäftigten in der Region eine Riesenkatastrophe, weil die Region abhängig vom Automobilbau ist.« Nicht nur die VW-Belegschaft, auch die Arbeiter anderer Unternehmen hätten unter Bandstillständen zu leiden.

Die gewerkschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Jutta Krellmann, wies in einer Stellungnahme vom Freitag darauf hin, dass der Vorfall die starke Abhängigkeit von externen Zulieferern deutlich mache. »Outsourcing, um die eigene Rendite auf Kosten der Zulieferer und ihrer Beschäftigten zu verbessern, und Just-in-time Produktion, die das frühere Werkslager auf die Straße zu Lasten aller verlegt, dürfen nicht der Weisheit letzter Schluss sein«, so die ehemalige IG-Metall-Sekretärin. Auch in solchen wirtschaftlichen Fragen müssten die Betriebsräte Mitbestimmungsrechte erhalten.

<http://www.jungewelt.de/2016/08-20/001.php>